

Steinhof

Otto - Wagner – Areal

Nach dem Hinauswurf eines Beobachters aus dem Testplanungsverfahren Steinhof und dem darauffolgenden Austritt der beiden anderen Mitglieder der Bürgerplattform Steinhof fordern wir die Wiener Stadtregierung auf, alle vom Expertengremium erarbeiteten Grundsätze für das Gesamtareal umgehend umzusetzen, die diese im April 2013 der Presse vorgestellt haben:

1. Der Ostteil muss im funktionalen und räumlichen Zusammenhang mit dem Gesamtareal betrachtet werden.
2. Das Gesamtareal des OWS soll im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben und kann mit zeitlich begrenzten Nutzungsrechten (z.B. im Baurecht) auf Basis genauer Gestaltungsrichtlinien vergeben werden.
3. Für das Gesamtareal sollen in Abhängigkeit der Absiedlungspläne Nachnutzungsszenarien entwickelt und kontinuierlich umgesetzt werden.
4. Eine ehestmöglich zu gründende Trägerbetriebsgesellschaft soll das ganze Areal verwalten.
5. Im Hauptteil und im westlichen Sanatoriumsbereich dürfen in den Freiflächen und zwischen den Pavillons keine Neubauten errichtet werden.
6. Für das gesamte Areal ist ein Parkpfliegewerk auszuarbeiten.
7. Die Grünstreifen zwischen Sanatoriumsbereich und Hauptareal bzw. Ostareal sind wesentliche räumliche Ordnungselemente der Gesamtanlage und dürfen daher nicht oberirdisch verbaut werden. Die Achse Pathologie-Kirche muss frei bleiben.
8. Die Umnutzung aller Bestandsgebäude ist nur unter denkmalpflegerischen Gesichtspunkten möglich.
9. Es soll ein Testplanungsverfahren unter Teilnahme von ausgewählten, qualifizierten Architektinnen und Architekten im diskursiven Verfahren mit dem Expertengremium OWS stattfinden, um potentielle Baufelder und deren Gestaltung im Ostteil auszuloten. Architektinnen aus dem Expertengremium können nicht Teilnehmer am Testplanungsverfahren sein, sie werden beratend eingebunden.

Dieser Forderungskatalog der von der Stadt Wien gewählten und finanzierten Experten gibt klar den Weg zum nachhaltigen Schutz des weltweit einzigartigen Jugendstilensembles und seinen Erhalt als Gemeingut vor.

Wir fordern die Leitung des Testplanungsverfahrens, die Mitglieder der Steuerungsgruppe sowie die teilnehmenden Architektenteams auf, ihre Arbeit gemäß der ihnen erteilten Aufgabenstellung zu Ende zu führen.

Das von der Stadt Wien zusammengesetzte und finanzierte Expertengremium hat mit seinen im April veröffentlichten "9 Geboten" Weitblick und Verantwortungsbewusstsein bewiesen. Diese Forderungen decken sich mit den Ergebnissen des vorangegangenen Mediationsverfahrens, werden von der Bevölkerung und der Bürgerinitiative vollinhaltlich gut geheißen und sind umgehend umzusetzen. Auch die Auslagerung der Frage nach der Zukunft des Ost-Areals in ein eigenes Testplanungsverfahren macht Sinn, jedoch benötigt ein neu zu erstellendes Nutzungskonzept für 70 Hektar Parklandschaft und rund 60 Gebäude unbedingt Reservebauflächen, um notwendige, das Konzept ergänzende Einrichtungen, die nicht in vorhandenen Pavillons untergebracht werden können, zu errichten. Und wenn im Vorfeld raumplanerische, kunsthistorische und ökologische Kriterien, optimale Bereiche, Kubaturen, Baumaterialien etc. fachmännisch eruiert werden, kann eine Gräueltat wie die Errichtung des Vamed-Gebäudes künftig nicht mehr passieren. Gleichzeitig muss nach Feststellung potentieller Reservebauflächen umgehend die von den Experten mehrfach geforderte Rückwidmung sämtlicher Freiflächen in geschütztes Grünland erfolgen.

Derzeit sieht es allerdings so aus, als würden unter massivem politischen Druck alte Konzepte der Wohnbaugesellschaft GESIBA aus dem Hut gezaubert, deren Umsetzung in eklatantem Widerspruch zu diversen bisher erarbeiteten Grundsätzen sowie der Aufgabenbeschreibung des Testplanungsverfahrens durch die Wiener Stadtregierung steht. Darin ist zu lesen:

" Daher erscheint es auch sinnvoll, für die zukünftige Entwicklung des Otto-Wagner-Spitals Nutzungsreserven im Ostareal freizuspielen, um damit das Gesamtareal funktional zu konsolidieren und denkmalpflegerisch sichern zu können."

"Die Vision des Gesamtareals ist die entscheidende Größenordnung für die Entwicklung des Ostareals, das heißt, dass erstens die Entwicklung des Ostareals immer im Zusammenhang möglicher zukünftiger Nutzungen des Gesamtareals gesehen werden muss...."

Die Bürgerplattform Steinhof stellt den verantwortlichen Politikern daher folgende Fragen:

- * Seit wann und mit welcher Begründung sind die von der Gesiba gewünschten Neubauwohnungen offenbar klare Vorgabe für das Testplanungsverfahren?
- * 200 Wohnungen, in einem zur Gänze denkmalgeschützten Jugendstilensemble, inmitten eines verkehrsberuhigten Naherholungsgebiets, lösen die Wohnraumproblematik in Wien nicht. Warum beharrt die Gemeinde Wien auf diesem seit Jahren umstrittenen und von der Bevölkerung abgelehnten Projekt?
- * Wer, wenn nicht Politgünstlinge und andere Profiteure können aus Eigeninteressen so einen politischen Druck erzeugen?
- * Wie kann die Frage nach Bebaubarkeit ergebnisoffen sein, wenn die an der Verbauung interessierte Wohnbaugesellschaft GESIBA das Testplanungsverfahren maßgeblich finanziert?
- * Reserveflächen, die ausschließlich in Zusammenhang mit der künftigen Nutzung des Gesamtareals gesehen werden müssen, im Vorfeld für politische Zwecke zu missbrauchen kommt einem Schildbürgerstreich gleich und widerspricht jeder Logik und politischer Weitsicht. Wann wird eine zuständige PolitikerIn wagen, der Bevölkerung diese destruktive Vorgehensweise zu begründen?

- * Wie können Eigentums- oder Genossenschaftswohnungen mit der Experten-Forderung, nur zeitlich begrenzte Nutzungsrechte am Gesamtareal zuzulassen, in Einklang gebracht werden?
- * Wo sollen die Pkws der potentiellen Wohnungsnutzer ein- und ausfahren? Über die Reizenpfenninggasse? Über enge Gässchen, die allesamt verkehrsberuhigte Zonen darstellen? Über diese Gässchen, deren Anrainern die Gemeinde Wien schon zu Beginn der Diskussionen versprochen hat: "Allfälliger zusätzlicher Verkehr wird sicher nicht über die Reizenpfenninggasse in das Areal geleitet", wie selbst ein Vertreter der Gemeinde Wien im Testplanungsverfahren klarstellte?
- * Und wo sollen die Pkws dann hin ? Die originelle Idee " dann wird halt die Vamed-Tiefgarage um ein paar hundert Stellplätze weiter in den Berg hinein gegraben" übersieht, dass auch sämtliche Grünflächen unter Schutz stehen. Und man muss kein erfahrener Ökologe sein, um zu wissen, dass über Betondecken nur mehr Pseudonatur vegetieren kann.
- * Das Pathologie-Gebäude stellt mit seinem von Otto Wagner kunstvoll gestalteten Umfeld einen Solitär im Ostbereich dar. Ihm gebührt besondere Achtung und entsprechender Freiraum, um in seiner Einzigartigkeit Bestand zu haben. Das hat auch Frau Dr. Plakolm, kunsthistorische Beraterin im Testplanungsverfahren, klar formuliert. Sie fordert besondere Sensibilität im Umgang mit diesem Gebäude und rät von Verbauungen im Umfeld ab. Bis jetzt scheint das die Testplaner nicht zu kümmern. Wie werden die Architekten und deren Steuerungsteam mit ihrer beratenden Expertin und deren Stellungnahmen letztlich umgehen?

Die Zukunft eines großartigen Kulturgutes und eines sozialpolitisch wie ökologisch wichtigen Gemeingutes steht auf dem Spiel. Und nicht nur das. Durch das Eingehen auf schädliche politische Kompromisse würden viel Vertrauen in Politik und neue demokratische Entscheidungsprozesse verspielt, bisher gemeinsam Erreichtes zunichte gemacht. Die, zugegebener Maßen nicht immer konfliktfreie, Kooperation mit der Bürgerinitiative hat beachtliche Resultate erbracht. Seriöse Weiterführung der bisherigen Arbeit kann nicht nur zu einem international geachteten Vorzeigeprojekt führen, auch die rot/grüne Stadtregierung könnte mit Stolz auf diesen einzigartigen Erfolg verweisen.

Wien, am 20. August 2013

Für die Bürgerplattform Steinhof:

Christine Muchsel, Wolfgang Veit, Johanna Kraft, Ernst Straka, Ferry Kovarik, Irmi Novak, Helmut Schauer, Christa Hasengruber, Edith Steininger, Hans Pfefferle

Kontakt: steinhof@gmx.at

Postanschrift: 1160 Wien, Payergasse 14

Telefon: 0664/3955006 (Muchsel),
0676/3054807 (Veit)

für Denkmalschutz-Belange: +43/1/4857165 (Kraft)

